



Künstliche Intelligenz in Niedersachsen

Zusammenfassung der Expertengespräche

Ausblick und Forderungen

Inhalt

1	Einleitung.....	3
2	Verhältnis KI-VO und DSGVO.....	4
3	Forschungs- und Entwicklungsbedarf	4
3.1	KI-Trainingsdaten	4
3.2	Personenbezogene Daten im KI-Modell	5
3.3	Reduzierung personenbezogener und falscher Output-Daten....	6
4	Datenschutzrechtlicher Regelungsbedarf	7
5	Landespolitische Forderungen	8
5.1	Empfehlungen an den Landesgesetzgeber.....	8
5.2	Empfehlungen an die Landesregierung.....	8
6	Fazit.....	9

Titelbild: Adobe Stock | Illu Netzwerk

Stand 11. Juni 2025

1 Einleitung

Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) verspricht für Unternehmen, Vereine, Verwaltung, Schulen, Hochschulen und weitere Einrichtungen in Niedersachsen großes Potential, Tätigkeiten zu vereinfachen, zu beschleunigen sowie Ergebnisse zu optimieren. Mit dem Einsatz von KI im öffentlichen und nicht öffentlichen Sektor wird sowohl technisch als auch rechtlich aufgrund der europäischen und nationalen KI-Regulierung Neuland betreten.

Die europäische KI-Verordnung ist am 1. August 2024 in Kraft getreten und zielt darauf ab, die verantwortungsvolle Entwicklung und Verwendung künstlicher Intelligenz in der EU zu fördern. Das Verhältnis der KI-VO zur Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ist geregelt – die DSGVO bleibt unberührt. Sobald ein KI-System in irgendeiner Phase des Lebenszyklus personenbezogene Daten verarbeitet, greift daher das Datenschutzrecht vollumfänglich. Die DSGVO stammt jedoch aus einer Zeit, als KI weitgehend unbekannt war. Die der DSGVO zugrundeliegende Funktionsweise klassisch programmierter IT-Anwendungen deckt sich nicht mit den Entwicklungs- und Funktionsprinzipien von KI. Es ergeben sich daher zahlreiche datenschutzrechtliche Fragestellungen beim Einsatz von KI.

Unabhängig von der KI-VO ist der LfD Niedersachsen spätestens seit Ende 2023, dem Zeitpunkt als ChatGPT als erstes generatives KI-Systeme der breiten Öffentlichkeit in Europa kostenlos zur Verfügung gestellt worden ist, intensiv mit dem Thema KI befasst. Gemäß Art. 57 Abs. 1 lit. j DSGVO ist den Datenschutzaufsichtsbehörden die Aufgabe zugewiesen, maßgebliche Entwicklungen zu verfolgen, soweit sie sich auf den Schutz personenbezogener Daten auswirken, insbesondere die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie und der Geschäftspraktiken. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, eingehende Beratungsanfragen und Beschwerden zu bearbeiten und gesetzliche Entwicklungen an der Schnittstelle KI und Datenschutz zu begleiten, hat der LfD Niedersachsen drei konkrete Maßnahmen ergriffen.

Im September 2024 wurde erstens die Stabsstelle KI eingerichtet.¹ Ziel der neuen Einheit ist es, die zunehmende Verbreitung und Nutzung von KI-Technologien datenschutzrechtlich zu begleiten und sicherzustellen, dass der Einsatz von KI im Einklang mit den geltenden Datenschutzgesetzen steht und die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger gewahrt bleiben. Zweitens beschreitet der LfD Niedersachsen beim Thema KI einen völlig neuen Weg, indem er sich der wissenschaftlichen Forschung zuwendet. Er begleitet als Projektpartner das Forschungsprojekt CRAI zur Entwicklung vertrauenswürdiger KI-Anwendungen für den Mittelstand. Im Rahmen des Projekts entsteht in Niedersachsen ein Reallabor, in dem praxisnahe Lösungen für den Einsatz vertrauenswürdiger, auf Künstlicher Intelligenz basierender Geschäftsmodelle in mittelständischen Unternehmen entwickelt werden. Drittens sind in meinem Haus 2024 Expertengespräche zur Künstlichen Intelligenz durchgeführt worden.² Mit zwölf Experten wurden in drei Gesprächsterminen drei konkrete Fragen zur datenschutzkonformen Entwicklung und zum datenschutzkonformen Einsatz von KI diskutiert. Die Ergebnisse der ausgewerteten Expertengespräche möchte ich kurz zusammenfassen.

¹ S. LfD Nds., Pressemeldung

16/2024, <https://www.lfd.niedersachsen.de/startseite/infothek/presseinformationen/landesbeauftragter-fur-den-datenschutz-richtet-stabsstelle-fur-kunstliche-intelligenz-ein-236012.html>.

² S. LfD Nds., Pressemeldung 14/2024,

<https://www.lfd.niedersachsen.de/startseite/infothek/presseinformationen/kunstliche-intelligenz-expertenkreis-des-lfd-niedersachsen-startet-mit-gesprachen-zu-ki-trainingsdaten-234172.html>.

2 Verhältnis KI-VO und DSGVO

Die KI-VO und die DSGVO sind nebeneinander abwendbar. Da die beiden Verordnungen grundsätzlich unterschiedliche Regelungsziele verfolgen, ist diese Koexistenz grundsätzlich schlüssig. Dennoch hat der europäische Ordnungsgeber bei Erlass der KI-VO bereits Überschneidungen mit der DSGVO erkannt. Beispielsweise findet sich in den Begriffsbestimmungen einerseits in Art. 3 Nr. 35 KI-VO eine Definition für „biometrische Daten“, die zwar weitgehend, aber nicht vollends mit der Definition in Art. 4 Nr. 14 DSGVO übereinstimmt. Bezüglich des in Art. 3 Nr. 37 KI-VO aufgenommenen Begriffs der besonderen Kategorien personenbezogener Daten wird wiederum auf die Art. 9 und 10 DSGVO verwiesen.

Daneben ergeben sich weitere nicht auf den ersten Blick erkennbare Überschneidungen zwischen KI-VO und DSGVO. Hierzu zwei konkrete Beispiele:

Art. 4 KI-VO verpflichtet Anbieter und Betreiber von KI-Systemen, Maßnahmen zu ergreifen, um nach besten Kräften sicherzustellen, dass ihr Personal und andere Personen, die in ihrem Auftrag mit dem Betrieb und der Nutzung von KI-Systemen befasst sind, über ein ausreichendes Maß an KI-Kompetenz verfügen. Gemäß Art. 3 Nr. 56 KI-VO wird KI-Kompetenz definiert als „die Fähigkeiten, die Kenntnisse und das Verständnis, die es [dem Personal] unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Rechte und Pflichten [...] ermöglichen, KI-Systeme sachkundig einzusetzen sowie sich der Chancen und Risiken von KI und möglicher Schäden, die sie verursachen kann, bewusst zu werden.“ Der Einsatz von KI führt zu neuen und zusätzlichen Datenschutzrisiken, da sich z.B. Bias-Mechanismen und Halluzinationen nachteilig auf die Richtigkeit von (personenbezogenen) Output-Daten auswirken. Diese datenschutzrechtlichen Aspekte müssen in die KI-Kompetenz einfließen, da anderenfalls insbesondere Risiken und Schäden der KI nicht umfassend berücksichtigt werden.

Für Hochrisiko-Systeme bestehen gemäß Art. 10 KI-VO besondere Anforderungen an Daten und Daten-Governance. Abs. 5 adressiert konkret personenbezogene Daten, deren Verwendung nur unter den aufgeführten Bedingungen zusätzlich zu den Bestimmungen der DSGVO zulässig ist. Diese Vorschrift ist als spezifischen Datenschutzrecht zu qualifizieren und daher auch von den Datenschutzaufsichtsbehörden zu berücksichtigen.

Unterliegen KI-Modelle und KI-Systeme sowohl der Marktaufsicht als auch der Datenschutzaufsicht, besteht das Risiko, dass bezüglich dieser Vorschrift unterschiedliche Aussagen getroffen und Wertungen vorgenommen werden.

3 Forschungs- und Entwicklungsbedarf

In den KI-Expertengesprächen wurde deutlich, dass es weiterer Forschung für datenschutzkonforme KI bedarf. Der Forschungsbedarf bezieht sich auf die Entwicklung neuer KI-Modelle und KI-Systeme und auf datenschutzfördernde KI-spezifische Tools, die auch bei bestehenden Systemen eingesetzt werden können.

3.1 KI-Trainingsdaten

Im Unterschied zur herkömmlichen IT-Entwicklung werden für KI-Modelle im sehr großen Umfang Daten benötigt. Es ist naheliegend, dass hierfür auf bestehende umfassende Datenbestände zurückgegriffen wird. Bei den Large Language Modellen (LLM) sind dies z.B. alle im Internet öffentlich verfügbaren Daten. Unternehmen, die aus anderen datengetriebenen Diensten über enorme Datenbestände verfügen, wie insbesondere Meta, Google, X oder TikTok, greifen auf

Nutzerdaten zurück. Sehr große Datenbestände werden kurzfristig voraussichtlich in den sogenannten europäischen Datenräumen verfügbar sein, die im Rahmen der europäischen Digitalstrategie als „Binnenmarkt für Daten“ geplant sind. Es soll z.B. Datenräume zu den Themen Gesundheit, Finanzen, öffentliche Verwaltung sowie Forschung und Innovation geben.³ In allen genannten Datenpools finden sich personenbezogene und nicht personenbezogene Daten.

Die Anforderungen des Datenschutzrechts greifen nicht, wenn die für ein KI-Training verwendeten Datensätze zuverlässig anonymisiert werden. Die KI-Experten waren sich einig, dass es technisch deutlich mehr Möglichkeiten der Anonymisierung gibt, als bisher in der Praxis eingesetzt werden. Es sollte weitergehende Aktivitäten zur Operationalisierung der Anonymisierung von sehr großen strukturierten und unstrukturierten Datenmengen geben. Gleichwohl betonten die Experten, dass erstens insbesondere bei unstrukturierten Datensätzen keine vollständige Anonymisierung erreichbar sei. Zweitens werde beim Einsatz von KI-Systemen ein erhebliches Risiko der Deanonimisierung gesehen.

Ein weiterer Forschungsansatz, um den Umfang personenbezogener Daten für das KI-Training zu reduzieren, ist die ausschließliche oder zusätzliche Verwendung sogenannter synthetischer - künstlicher erzeugter - Daten, die daher nicht personenbezogen sind. Einige Forschungsergebnisse weisen auf Funktions- und Qualitätsdefizite beim ausschließlichen Training mit synthetischen Daten hin. Nach dem Kenntnisstand der Experten kann keine allgemeine Aussage darüber getroffen werden, ob synthetische Daten einen adäquaten Ersatz für Realdaten beim Training von KI-Modellen darstellen. Es wurde aber festgestellt, dass synthetische Daten grundsätzlich für das Training von KI-Modellen geeignet sein können. Die folgenden Kriterien beeinflussen die Eignung der synthetischen Daten:

- Anwendungsbereich des konkreten KI-Modells, z.B. werden bei Bilderkennungsverfahren synthetische Daten genutzt, während sie im Anwendungsbereich der medizinischen Forschung nicht nutzbar seien,
- Herstellungsprozess der synthetischen Daten, insbesondere wenn sie selbst mit KI-Systemen erzeugt werden,
- ausschließliche oder ergänzende Nutzung von synthetischen Daten sowie
- der Einsatz beim initialen Training oder beim Feintuning.

Forschungspotential wurde erstens dahingehend festgestellt, die synthetischen Daten zu verbessern und die genannten Defizite zu reduzieren. Zweitens fehlen valide Erkenntnisse über die Eignung gemischter Trainingsdatensätze bestehend aus „echten“ und synthetischen Daten.

3.2 Personenbezogene Daten im KI-Modell

Der Expertenkreis hat den Ansatz einer phasenweisen datenschutzrechtlichen Betrachtung von KI-Modellen und KI-Systemen aus der technischen Perspektive als zielführend bestätigt. Die Datenschutzaufsichtsbehörden nehmen auch bei KI-Systemen eine differenzierte Prüfung vor und unterscheiden zwischen den Verarbeitungstätigkeiten beim Training von KI-Modellen, dem KI-Modell als solchen und der Nutzung eines KI-Systems. Obwohl Trainingsdaten nicht im KI-Modell gespeichert werden, gehen die KI-Experten davon aus, dass KI-Modelle, wie beispielsweise das neuronale Netz eines LLMs Daten verarbeiten, die personenbezogen sein können.

³ Weitere Informationen finden sich hier: <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/data-spaces>.

Bezogen auf LLMs ist davon auszugehen, dass eine gezielte Löschung einzelner Parameter aus einem neuronalen Netz aktuell nicht möglich ist. Dem KI-Expertenkreis war nicht bekannt, ob es aktuell weitere Forschungsansätze gibt, um dieses Problem zukünftig zu lösen. Es wurde aber betont, dass diese Aussage nicht für andere KI-Modelle, wie z.B. Diffusionsmodelle, gelten müsse. Die KI-Experten wiesen mehrfach darauf hin, dass aktuell zwar in der Öffentlichkeit ein starker Fokus auf LLMs liege. In vielen Unternehmensbereichen und insbesondere in der Forschung werden aber andere KI-Modelle und KI-Systeme entwickelt und eingesetzt.

3.3 Reduzierung personenbezogener und falscher Output-Daten

Die Nutzung eines KI-Systems folgt regelmäßig dem Schema einer Eingabe durch den Nutzer – sogenannter Input – und Ausgabe des KI-Systems – sogenannter Output. Der Input, der als Prompt bezeichnet wird, kann z.B. eine Frage oder eine Arbeitsauftrag zur Textzusammenfassung oder Bilderstellung nach bestimmten Vorgaben sein. Sowohl der Input als auch der Output können personenbezogene Daten enthalten. Beim Output eines KI-Systems ergeben sich im Vergleich zu herkömmlichen IT-Systemen spezifische Besonderheiten. KI-Systeme erzeugen zu gleichen Eingaben nicht zwingend die gleichen Ausgaben. KI-Systeme halluzinieren, das bedeutet, sie produzieren ein grundsätzlich überzeugendes Resultat, das nicht durch Trainingsdaten gerechtfertigt zu sein scheint und sogar objektiv falsch sein kann. Halluzinationen treten insbesondere auf, wenn ein KI-Modell die Antwort auf den Prompt nicht „weiß“, weil sie nicht im Training gelernt wurde. Zumindest die generativen KI-Systemen zielen zudem funktional generell nicht darauf ab, korrekten oder richtigen Output zu geben. Diese KI-Spezifika können also dazu führen, dass falsche personenbezogene Daten ausgegeben werden, obwohl das Datenschutzrecht gemäß Art. 5 Abs. 1 lit. d DSGVO die Richtigkeit fordert.

Wie bereits ausgeführt, sind zwar bei einigen, aber nicht bei allen KI-Modellen und KI-Systemen gezielte Eingriffe denkbar, um die Ausgabe von personenbezogenen Daten – soweit sie nicht erforderlich sind – oder die Ausgabe falscher personenbezogener Daten zukünftig zu verhindern.

Die KI-Experten haben bestätigt, dass der Output von KI-Modellen und KI-Systemen durch ein Finetuning beeinflusst werden kann. Beim Training von KI-Modellen – insbesondere von generativen Modellen – werden in der Regel mindestens zwei Trainingsphasen unterschieden. Zunächst wird das KI-Modell als solches trainiert oder anders gesagt „erschaffen“. Vereinfacht formuliert, umfasst diese Phase die Vorbereitung eines optimierten Trainingsdatensatzes, die Auswahl der Lernmethode, wie z.B. Deep Learning, und die Durchführung des Trainings nach dem Prinzip „Trial and Error“. Beim nachfolgenden Finetuning wird das vortrainierte KI-Modell für spezifische Aufgaben nachtrainiert und verfeinert. Ein Finetuning wirkt sich nicht grundlegend auf das vortrainierte KI-Modell aus, sondern führt zu verhältnismäßig geringfügigen Anpassungen im KI-Modell. Dennoch kann sich das Finetuning erheblich auf die Ausgaben auswirken. Zum Beispiel kann ein Finetuning eines in den USA entwickelten LLM mit deutschen Gesetzestexten und Gerichtsentscheidungen nachtrainiert werden. Dadurch kann der Output erheblich hinsichtlich der Verwendung der deutschen juristischen Fachbegriffe und Formulierungen verbessert werden. Grundsätzlich kann ein Finetuning eingesetzt werden, um den Output personenbezogener Daten oder unrichtiger Daten zu optimieren.

Einige bekannte LLMs verfügen über sogenannten Parameter, die die Ausgaben beeinflussen. Zum Beispiel bestimmt der KI-Parameter Temperatur die Zufälligkeit der von der KI generierten

Antworten.⁴ Bei manchen KI-Systemen lassen sich die KI-Parameter von dem Nutzer einstellen; bei anderen werden die Parameter durch die Prompts vom Nutzer eher unbewusst angesprochen. Es ist daher grundsätzlich vorstellbar, Parameter zu entwickeln und in KI-Systeme zu implementieren, um die Datenschutzkonformität des Outputs zu erhöhen.

Ergänzend sprachen sich die KI-Experten dafür aus, den Fokus darauf zu legen, nicht gewünschten Output eines KI-Modells im KI-System zu unterdrücken oder zu filtern. Solche Filtertechniken werden bereits jetzt bei großen LLMs eingesetzt, um bestimmte, z.B. strafrechtlich relevante, Ausgaben zu verhindern. Hier gäbe es noch erhebliches Entwicklungspotential. Es wurde die Vermutung geäußert, dass gerade die Verbesserung von Filtersystemen einem ständigen Optimierungsprozess unterliegen werde und auf diese Weise auch der Datenschutz ständig verbessert werden kann.

Schließlich könnten Halluzinationen nach Einschätzung der KI-Experten vermutlich eingeschränkt werden, indem ein KI-Modell gezielt darauf trainiert wird, „Nichtwissen“ zuzugeben.

4 Datenschutzrechtlicher Regelungsbedarf

Die KI-Expertengespräche haben die These bestärkt, dass ein rechtlicher Regelungsbedarf für KI-spezifische Datenschutzvorschriften besteht. Die Datenschutzaufsichtsbehörden überprüfen die Datenschutzkonformität anhand der Vorgaben der DSGVO. Als Exekutivorgan steht ihnen zwar durch die Auslegungskompetenz ein gewisser Spielraum zu, dieser stößt allerdings bei KI-Modellen und KI-Systemen an seine Grenzen. Es wird deutlich, wie schwer es ist, allein durch Auslegung der DSGVO dem Thema „KI“ gerecht zu werden und die Datenschutzrechte Betroffener zu wahren. Zudem ist die Rechtsdurchsetzung gegenüber außereuropäischen KI-Anbietern kaum möglich – selbst, wenn eine Zuständigkeit der deutschen Aufsichtsbehörden gegeben ist.

Um einerseits Entwicklung und Einsatz von KI-Modellen und KI-Systemen in Deutschland zu ermöglichen und so die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts nicht zu gefährden, und andererseits dem Datenschutz zur Geltung zu verhelfen, sind KI-spezifische Datenschutzvorschriften erforderlich. Primär ist hier der europäische Gesetzgeber in der Verantwortung. Solange dieser allerdings nicht tätig wird, sollten Bundes- und Landesgesetzgeber die Regelungsspielräume der DSGVO ausnutzen, um KI-spezifische Datenschutzvorschriften für Deutschland zu erlassen. Ein Hauptanwendungsfeld ist hier der öffentliche Bereich. Das Landesrecht sollte für die öffentlichen Stellen in Niedersachsen europarechtskonform ergänzende Datenschutzvorschriften erlassen, um die rechtskonforme Nutzung von KI-Systemen zu ermöglichen und so die Rechtssicherheit für den Einsatz dieser Systeme zu erhöhen.

Es wurde vor allem folgender grundsätzlicher Bedarf an KI-spezifischen Regelungen festgestellt:

- Datenschutzrechtliche Regelungen für das Training von KI-Modellen mit personenbezogenen Datenbeständen, insbesondere Daten aus der eigenen Datenhaltung von öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen und Daten aus öffentlichen Quellen,
- Differenzierung und Konkretisierung der datenschutzrechtlichen Informationspflichten insbesondere bezogen auf Anbieter und Betreiber von KI-Systemen,
- Differenzierung und Konkretisierung der Anforderungen zur Erfüllung des Rechts auf Auskunft insbesondere bezogen auf

⁴ Eine hohe Temperatur führt dazu, dass das LLM auch unwahrscheinlichere Antwortmöglichkeiten einbezieht.

- generative KI-Modelle und KI-Systeme sowie
- Anbieter und Betreiber von KI-Modellen und KI-Systemen,
- Differenzierung und Konkretisierung des Rechts auf Löschung unter Berücksichtigung der technischen Umsetzbarkeit bei KI-Modellen und KI-Systemen durch die Anbieter und Betreiber.

5 Landespolitische Forderungen

Zusammenfassend wurde vor allem von den KI-Experten aus der Forschung und den Unternehmen hervorgehoben, dass deren Interessenschwerpunkte nicht ausschließlich bei Chatbots und LLMs liege. Es werden große Vorteile bei kleinen KI-Modellen und KI-Systemen für sehr spezifischen Aufgaben gegenüber den großen generativen KI-Modelle gesehen. Künstliche Intelligenz weise noch enorme Entwicklungspotenziale auf, die gegenwärtig noch nicht abgeschätzt werden könnten.

Mit der bereits weit fortgeschrittenen Entwicklung von LLMs, gehört der aufgeführte datenschutzrechtliche Handlungsbedarf daher keineswegs der Vergangenheit an. Die bisherigen Erkenntnisse insbesondere aus der Entwicklung von LLM sollten zugrunde gelegt werden, um zukünftige KI-Entwicklungen durch datenschutzrechtliche Vorgaben zu beeinflussen. Zudem sollte zukünftig der Fehler vermieden, vornehmlich auf außereuropäische Produkte – insbesondere aus den USA und China – zu vertrauen und diese als alternativlos einzustufen. Es sollten europäische und deutsche KI-Entwicklungen unterstützt und gefördert werden, um mehr KI-Souveränität zu erreichen. Nur so kann zudem Datenschutz bereits im Entwicklungsstadium von KI einfließen, um spätere Datenschutzdefizite von Anfang an zu vermeiden. Der Erlass von KI-spezifischen Datenschutzvorschriften ist erforderlich, um das Recht auf informationelle Selbstbestimmung unter den Bedingungen innovativer KI-Modelle und KI-Systeme weiterhin effizient gewährleisten zu können.

Sowohl als Ableitung als auch Ergänzung zu dem festgestellten datenschutzrechtlichen Regelungsbedarf, besteht somit konkreter Handlungsbedarf, um den datenschutzkonformen Einsatz von KI-Systemen zu ermöglichen und zu fördern.

5.1 Empfehlungen an den Landesgesetzgeber

Die als erforderlich erachteten KI-spezifischen Regelungen für das Datenschutzrecht sind aufgrund der Regelungsmechanismen und -kompetenzen zwischen Europa und Deutschland auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt. Darüber hinaus ist die föderalistische Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern zu berücksichtigen. Der niedersächsische Landesgesetzgeber kann und sollte aber die Regelungsbedarfe für die öffentlichen Stellen des Landes durch Landesregelungen kompensieren.

- a. Erlass einer Rechtsgrundlage für das Training von KI-Modellen und KI-Systemen mit personenbezogenen Daten für öffentliche Stellen,
- b. Prüfung und erforderlichenfalls Erlass von Erlaubnisvorschriften und ergänzenden Regelungen zum Einsatz von KI-Modellen und KI-Systemen für spezifische Bereiche der Landesverwaltung.

5.2 Empfehlungen an die Landesregierung

Darüber hinaus sollten begleitende Maßnahmen ergriffen werden, um sowohl datenschutzfreundlicher Entwicklungen und Implementierungen von KI-Modellen und KI-

Systemen in Niedersachsen zu fördern. Die folgenden Vorschläge leiten sich erstens aus konkreten Aussagen der KI-Experten aus Verwaltung und Unternehmen und der Auswertung der Gespräche ab. Zweitens spiegeln sie die Bedürfnisse der Praxis wider, die die Datenschutzaufsichtsbehörde aus Beratungsanfragen und Gesprächen mit potentiellen Verantwortlichen wahrnimmt.

- a. Aktive, steuernde und unterstützende Begleitung der Implementierung von KI-Modellen und KI-Systemen in der niedersächsischen Verwaltung durch
 - Rahmenbedingungen für den KI-Einsatz, z.B. durch einen Gemeinsamen Runderlass, aber auch die Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beispielsweise durch Abschluss einer Vereinbarung nach § 81 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften
 - Standardisierungen technischer und organisatorischer Maßnahmen für datenschutzkonforme KI-Modelle und KI-Systeme,
 - Handlungsempfehlungen für Grundrechte-Folgenabschätzungen für Hochrisiko-KI-Systeme und
 - Schulungsangebote zur KI-Kompetenz der Beschäftigten im öffentlichen Bereich.
- b. Verstärktes Engagement Niedersachsens bei KI-Forschung, z.B. zur Gewährleistung des Transparenzgrundsatzes durch erklärbare KI und der Umsetzung von Lösungsrechten in neuronalen Netzen.
- c. Verstärkte Bemühungen des Landes Niedersachsen bei der Unterstützung von Unternehmen, insbesondere KMU, bei der Implementierung von KI-Modellen und KI-Systemen, beispielsweise durch die Entwicklung eines Maßnahmenkatalogs oder einen Niedersächsischen KI-Gipfel.

6 Fazit

Der LfD Niedersachsen misst dem Thema datenschutzfreundlicher KI-Modelle und KI-Systeme eine hohe Priorität zu. Allerdings ist das, was wir derzeit als Möglichkeiten der KI und damit als Stand der Technik erkennen können, sicherlich erst der Anfang dessen, was zukünftige Entwicklungen noch ermöglichen werden. Gerade mit Blick auf die öffentliche Verwaltung ist daher die transformierende Wirkung von KI-Modellen und KI-Systemen auf das Verwaltungshandeln in keiner Weise vollständig erfasst oder bewertet. Umso wichtiger ist es, die vor uns liegende Entwicklung nicht nur technologisch voranzutreiben, sondern auch unter ethischen, persönlichkeits- und datenschutzrechtlichen Aspekten zu steuern. Durch eine enge Einbindung und Begleitung meines Hauses bietet sich die Möglichkeit, einen fairen Ausgleich der Interessen und die Wahrung der Grundrechte von Nutzern und Betroffenen von Anfang an umzusetzen. Einige erste Anregungen dazu haben wir hiermit in die datenschutzrechtliche und datenschutzpolitische Diskussion eingebracht. Die formulierten Forderungen zeigen aber deutlich, dass ein Zusammenwirken mehrerer Institutionen in Niedersachsen erforderlich ist, um einen rechtssicheren Einsatz von KI-Modellen und KI-Systemen zu ermöglichen. Der LfD Niedersachsen bietet daher an, bei der Umsetzung der landespolitischen Forderungen aktiv mitzuwirken. Immer wieder hat in der Vergangenheit die Technik das Recht getrieben. Die historische Chance, beim Mega-Trend KI einmal „vor die Lage“ zu kommen, sollte nicht vergeben, sondern gemeinsam bewusst ergriffen werden.